

Beschlussergebnis zum Tagesordnungspunkt:

Antrag der Gruppe X im Kreistag vom 15.09.2008: Resolution zum Symposium in Berlin

12. öffentliche Kreistagssitzung am 01.10.2008

TOP 9

A) Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion auf Verweis in den Fachausschuss abgelehnt bei 15 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen.

B) Die Resolution der Gruppe X:

1. Der Kreistag Lüchow-Dannenberg stellt fest, dass es sich bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle um ein weltweit ungelöstes Problem handelt. Die bislang unabsehbaren Folgen des Energiehungers einer Generation wird unzähligen kommenden Generationen aufgebürdet. Um die zu entsorgenden Abfallmengen mindestens zu begrenzen, fordert der Kreistag den schnellstmöglichen unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus der überholten Technologie der Kernenergienutzung.
2. Der Kreistag hält den Standort Gorleben als Endlager für hochradioaktiven Wärme entwickelnden Müll für ungeeignet. Nach den Erfahrungen in der Asse sieht der Kreistag die Endlagerung in Salz als gescheitert an. Ein geeignetes Auswahlverfahren hat nicht stattgefunden und wesentliche Kriterien, wie zum Beispiel das Vorhandensein eines Mehrbarrieren-Systems mit intaktem Deckgebirge, sind hier nicht gegeben. Der Standort Gorleben ist deshalb als mögliches Endlager nicht mehr in Betracht zu ziehen. Der Kreistag Lüchow-Dannenberg fordert ein Auswahlverfahren für ein nationales Endlager für hochradioaktive Wärme entwickelnde Abfälle, wie es der AK-End seinerzeit vorgeschlagen hat. Dabei müssen andere Wirtsmedien in das Auswahlverfahren einbezogen werden. Es darf kein Bundesland ausgenommen werden.
3. Bei der Auswahl eines Endlagerstandortes dürfen finanzielle Erwägungen nicht den Ausschlag geben. Es muss ausschließlich um die größtmögliche Sicherheit für die Umwelt und die Bevölkerung gehen. Sicherheitsanforderungen, die besonders auf die Verhältnisse in Gorleben zugeschnitten sind, weist der Kreistag entschieden zurück. Vielmehr müssen die Anforderungen die tatsächliche Sicherheit für Mensch und Umwelt über mindestens eine Million Jahre auch unter Berücksichtigung tiefgreifender klimatischer und geologischer Veränderungen gewährleisten.
4. Über die Art und Weise des Standortvergleichs und alle Kriterien und Parameter, die zur Anwendung kommen sollen, müssen in jeder Phase öffentliche, vollständige und verständliche Angaben gemacht werden. Die Information und Beteiligung betroffener Regionen und der Öffentlichkeit sind während des gesamten Verfahrens auf der Grundlage der Aarhus-Konvention durchzuführen. Für ernst gemeinte Beteiligungsverfahren sind Anhörungsrechte keinesfalls ausreichend, der betroffenen Bevölkerung sind vielmehr Möglichkeiten der tatsächlichen Einflussnahme einzuräumen. Der AK-End hat hier wegweisende Empfehlungen für den Beteiligungsprozess gegeben.
5. Der Kreistag fordert die vollständige Offenlegung aller Studiengutachten und Untersuchungsergebnisse aus dem so genannten Forschungsbergwerk Asse, insbesondere insoweit sie Rückschlüsse auf den Standort Gorleben beinhalten oder vermuten lassen. Der Kreistag fordert die Offenlegung der Auswahlkriterien für die Benennung des Endlagerstandorts Gorleben 1977 und der Abwägung für die damalige Entscheidungsfindung.
6. Der Kreistag stellt fest, dass es sich bei dem Salzstock Gorleben-Rambow keineswegs um einen unangetasteten Salzstock handelt, sondern dass dieser bereits seit Jahren durch ein Bergwerk erschlossen ist.
7. Alle Wissenschaftler, die an dem Endlagersuchverfahren beteiligt werden sollen, müssen ihren bisherigen wissenschaftlichen Werdegang mit Tätigkeitsfeldern transparent und nachvollziehbar darlegen

Adressaten dieser Resolution sind:

Bundesregierung, Landesregierung, Fraktionen im Bundestag, Fraktionen im Landtag, alle Landkreise in Niedersachsen, Landkreise Ludwigslust, Salzwedel (Altmark) und angrenzende Landkreise der angrenzenden Bundesländer, dpa, NDR, FFN, Radio ZuSa, Radio SAW, Neue Presse Hannover, Die Zeit, HAZ, Weser Kurier, Nordwest Zeitung, Hamburger Abendblatt, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, FAZ, TAZ, EJZ, Landeszeitung Lüneburg, Allgemeine Zeitung Uelzen, Generalanzeiger, Hallo Nachbar, Winsener Tageblatt, Volksstimme, Altmark Zeitung, Schweriner Volkszeitung, Bleckeder Zeitung, BI Lüchow Dannenberg, BUND, NABU, DUH, AG Schacht Konrad, ASSE Schacht Koordinierungskreis, IPPNW, Greenpeace, Synode der EKD, DGB,

wird beschlossen mit 20 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung